Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 4.00 Mark, vierteljährlich 12.00 M.; durch die Post 12.00 M. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichsanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pf., Familienanzeigen 30 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.00 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenexpeditionen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 102. Halle, Montag, den 1. März 1920. Einzelpreis 15 Pfg.

Der Erzberger-Helfferich-Prozeß.

Berlin, 1. März. (Eigene Drahtnachricht.) Im Helfferichprozeß soll heute nach den Dispositionen des Vorsitzenden

möglichst die Zeugenvernehmung beendet

werden, aber der Kranz der für heute vorgeladenen Zeugen, Minister, Parlamentarier, Kaufleute und auch eine Dame befindet sich darunter (die einzige in dem Verfahren) ist so umfangreich, daß es fraglich erscheint, ob die Absicht des Vorsitzenden sich wird verwirklichen lassen. Indessen der Versuch wird gemacht. Zu erledigen ist außer dem Restbestand anderer Themen noch der

Vorwurf der geheimen Denunziation.

Helfferich wirft Erzberger bekanntlich vor, ihn durch eine Bemerkung in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 23. Juli 1919, die sich mit der belgischen Politik während des Krieges befaßt, der Entente als Exponent jeder verhängnisvollen Politik bezeichnet zu haben, die das deutsche Volk in den Abgrund geführt hat.

Helfferich: Erzberger hat mit seinen Ausführungen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" nicht nur eine objektive, sondern auch eine subjektive Denunziation begangen, die darauf hinausging: Wenn mi den Angriffen nich aufgehört wird, so wird Helfferich auf die Auslieferungsliste gesetzt. Daß tatsächlich diese Absicht bei Erzberger bestand, führte er am 29. Juli in der Nationalversammlung aus, indem er drohte: Es könnte geschehen, daß Namen genannt werden, und die Verantwortung dafür lehne ich, Erzberger, ab.

Erzberger: Die Behauptungen des Angeklagten weise ich

als schwerste Beleidigung,

für die keine Spur eines Beweises erbracht worden, zurück. Am 29. Juli hat der Abg. Fischer in der Nationalversammlung sich gegen die Errichtung des deutschen Staatengerichtshofes und gegen die Veröffentlichung der deutschen Akten gewendet, da der Gegner nicht daran dächte, ein gleiches zu tun. In diesen Darlegungen nahm ich Stellung, indem ich sagte, die Regierung hat nicht die Absicht, Dokumente vor Friedensschluß zu veröffentlichen. Ich griff die Bedenken des Abg. Rießer auf und zitierte seine Aeußerung: Wenn Veröffentlichungen erfolgen, so könnte Persönlichkeiten des deutschen Volkes das Mißgeschick zustoßen, daß sie auf die Auslieferungsliste gesetzt werden. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Hugenberg betonte ich, daß die Rechte in der belgischen Frage den Kampf einstellen müsse, da die Regierung sonst in die unangenehme Lage kommen müßte, die großindustriellen Aspirationen auf Belgien nachzuweisen, die unter der Führung Helfferichs stattgefunden haben. Ueber die Persönlichkeiten, die in der belgischen Politik des Reichsamts des Innern maßgebend waren, weiß die belgische Regierung genauen Bescheid; denn es ist ein ganzer Waggon Dokumente zurückgeblieben. Ich habe in meinen Ausführungen in der Nationalversammlung es abgelehnt, Namen zu nennen, und ich habe auch keine genannt.

Eine

drohende scharfe persönliche politische Debatte,

die sich in dieser Frage zu entspinnen droht, wird vom Vorsitzenden des Gerichtshofes in kurzer Weise abgeschnitten und der Abgeordnete Rießer vernommen.

Zeuge Rießer: Ich habe in keiner Weise die Bemerkung gemacht, daß Persönlichkeiten auf die Auslieferungsliste gesetzt werden müßten. Wohl aber mußte sich Herr Erzberger völlig klar darüber sein, daß nach den scharfen Angriffen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", in denen u. a. Helfferich, Hugenberg und Ludendorff genannt worden sind, diese der Wirkung nach der Entente als solche Persönlichkeiten gelten mußten,

deren Auslieferung zu fordern sei.

Weitere Angaben kann der Zeuge zu dieser Angelegenheit nicht machen. Sie wird daher verlassen, und das Gericht wendet sich nunmehr der Aufarbeitung der Reste zu. Zum

Aktendiebstahl beim Flottenverein,

in den bekanntlich ein gewisser Jahnke verwickelt ist, bekundet der damalige Untersuchungsrichter Grunow als Zeuge, seiner langjährigen Praxis entsprechend habe er Erzberger darnach gefragt, ob er den Dieb kenne.

Die Verhandlung dauert weiter.

Stresemann für eine außenpolitische Einheitsfront.

Duisburg, 1. März. (Eigene Drahtnachricht.) In einer Rede, die der Abgeordnete Stresemann auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei hielt bezeichnete er die Einheitsfront aller Parteien in allen Fragen der Außenpolitik. Er wies auf den Umschwung in England hin, das eine Schonung Deutschlands verlange, gewisse Zugeständnisse mache und auch von einer Revision des Versailler Vertrages spreche. Dieser Umschwung rühre von der Sorge der englischen Machthabenden vor der russischen Macht her. Stresemann machte interessante Mitteilungen über das Angebot Rußlands an Deutschland, in dem Deutschland aufgefordert wird, unverzüglich die Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland aufzunehmen. Der Redner erklärte, daß er keine Bedenken habe, sofort in Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland einzutreten. Man sei daher verpflichtet, sofort eine Kommission nach Rußland zu senden, um die dortigen Zustände zu studieren. Der Bolschewismus biete keine Gefahr, wenn es gelinge, für geeignete Bekleidung und Lebensmittel zu sorgen.

Die Zentrumsentscheidung hinausgeschoben.

Berlin, 29. Februar. Die Vorstände der Zentrumspartei des Reiches und der Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung haben gelegentlich ihrer Tagung vom 28. Februar die Angelegenheit des Reichsfinanzministers Erzberger erörtert. Die endgültige Stellungnahme wurde, wie von beteiligter Seite mitgeteilt wird, in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse des Reichsparteitages vom 22. Januar d. J. vorbehalten, bis die tatsächlichen Feststellungen des Urteils in der schwebenden Strafsache gegen Helfferich und die Ergebnisse des Verfahrens vor der Steuerbehörde gegen Erzberger vorliegen werden. Berichte der Presse könnten als genügende Grundlage für eine endgültige Stellungnahme nicht dienen.

Dieser Standpunkt wurde in einer Besprechung des Ausschusses der Mehrheitsparteien am 29. Februar d. J. als richtig anerkannt.

Die „Probeurteile".

Paris, 28. Februar. Das Reutersche Büro meldet: Die Alliierten haben zugestimmt, daß einem deutschen Gerichtshof gestattet wird eine Anzahl ausgewählter „Kriegsverbrecher" als Probefälle abzuurteilen. Es wurde beschlossen, Deutschland eine Liste von 46 Namen zu übermitteln. „Wenn die Probeverfahren in geeigneter Weise durchgeführt werden", so wird die Liste der 800 „Kriegsverbrecher" möglicherweise „drastisch vermindert" werden.

Französische Regierungsmaßnahmen gegen den Generalstreik.

Paris, 29. Februar. Auf Anordnung der Regierung hat die Justizbehörde eine Untersuchung darüber angestellt, ob sich diejenigen, die den Generalstreik erklärt haben, nicht gegen das Gesetz vergangen haben. Daraufhin wurden einige Führer verhaftet. Die Regierung ist fest entschlossen, die Aktionen vor dem Gesetz aufrecht zu erhalten. — Der Pariser Militärgouverneur hat gemeinsam mit den Polizeipräsidenten alle nötigen Maßnahmen getroffen, um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu ermöglichen. Umzüge und Zusammenrottungen, gleichviel welcher Art, sind verboten.

Eine weitere Meldung aus Paris besagt: Der Generalstreik hat an Ausdehnung zugenommen. Der Verkehr auf der Nordbahn ist aber fast normal, so daß die Verbindung mit Deutschland noch nicht unterbrochen ist.

Rückgang der streikenden französischen Eisenbahner.

WTB Paris, 29. Febr. (Havas.) Die Zahl der Streikenden ist auf verschiedenen Linien wieder zurückgegangen. Zwischenfälle während des Sonntags wurden nicht gemeldet.

Die traurige Lage Sowjet-Rußlands.

WTB. Amsterdam, 1. März. „Daily News" bringt eine außerordentlich pessimistische Schilderung des Sonderberichterstatters der „New York World" über die Zustände im roten Rußland. Das Eisenbahnnetz ist zerschüttert. Eine großangelegte Offensive gegen Polen oder einen anderen Nachbarstaat ist daher ausgeschlossen. An Moskau, Petersburg und anderen Industriemittelpunkten gehen rund acht Millionen Menschen langsam aber sicher dem Hungertode zu Grunde. Die Sterblichkeit in Moskau beträgt 30 Prozent. Das Land wird von Epidemien heimgesucht.

Bolschewistischer Wahlsieg.

Hamburg, 1. März. (Eigene Drahtnachricht.) Dem Hamburger Fremdenblatt wird aus Moskau gemeldet: Die Ergebnisse der Sowjetwahlen stellen einen großen Sieg der Bolschewisten dar. Sie sind folgende: 402 Kommunisten, 14 Sympathisierende, 26 Parteilose und 2 Menschewiki.

Judenitsch verhaftet?

Helsingfors, 29. Februar. Die russischen Generäle Judenitsch, Glasenap und Wladimirow wurden, angeblich auf der Reise nach Deutschland begriffen, in Riga auf Veranlassung der englischen Mission verhaftet.

Auflösung der japanischen Kammer.

WTB. Tokio, 29. Febr. (Havas.) Die Debatte über das allgemeine Stimmrecht, welche die Kammer am 14. Februar begonnen hatte, wurde in lebhafter Bewegung wieder aufgenommen. In der Mitte der Kammer fanden große Kämpfe zwischen den Mitgliedern statt. Die Debatte wurde schließlich durch den Ministerpräsidenten abgebrochen, der erklärte, in dieser wichtigen Frage das Volk unmittelbar zu befragen. Die Kammer wurde hierauf vertagt.

Wann sind die Reichstagswahlen?

Von Dr. Walther Schreiber (Halle)
Mitglied der Preußischen Landesversammlung.

Es gehört zu den seltsamen Kampfmitteln der Oppositionsparteien, daß sie der Regierung einen Vorwurf daraus machen, daß die Neuwahlen zum Reichstag noch nicht ausgeschrieben sind. Sie verbreiten im Lande die Auffassung, als wenn die Regierung die Wahlen zum Reichstage nur deshalb hinausschöbe, um sich und die gegenwärtige Mehrheit möglichst lange im Besitz der politischen Macht zu erhalten. Wie wenig berechtigt dieser Vorwurf ist, und wie sehr er lediglich ein demagogisches Mittelchen darstellt, um urteilslose Wähler gegen die Regierung zu beeinflussen, lehrt schon die Tatsache, daß selbst oppositionelle Politiker, die die wirkliche Sachlage überschauen, gelegentlich offen zugestehen, daß die kommenden Reichstagswahlen nach Lage der Dinge die gleichen Mehrheitsverhältnisse bringen werden, die jetzt die Regierung bildet. In der Tat kann ja auch niemand, der über die Verhältnisse einigermaßen unterrichtet ist, zweifeln, daß die kommenden Wahlen für die drei Koalitionsparteien eine sichere Mehrheit bringen werden. Wer sich das Stimmenverhältnis bei den Nationalversammlungswahlen in die Erinnerung zurückruft, und die Stimmenverschiebungen bei den verschiedenen Reichstagswahlen seit Bestehen des Deutschen Reiches kennt, der weiß, daß selbst eine Agitation nach amerikanischem Muster nicht in der Lage sein wird, den rund 4 Millionen Stimmen der Rechtsparteien gegenüber den rund 2 Millionen ihrer Gegner bei den nächsten Wahlen eine Mehrheit zu verschaffen. Und selbst wenn eine erhebliche Abwanderung mehrheitssozialistischer Wähler zu den Unabhängigen eintreten würde, so könnte auch das nicht hindern, daß die drei Koalitionsparteien bei den nächsten Wahlen über eine zuverlässige Mehrheit verfügen, zumal eine Stärkung der Unabhängigen die Aussichten der Rechtsparteien auf eine Uebernahme der Regierung naturgemäß nicht verbessert. Nach alledem besteht auch vom Standpunkt derer, die die gegenwärtige Regierung bekämpfen, gar kein Anlaß, auf eine besondere Beschleunigung der Reichstagswahlen zu drängen. Wenn die Opposition gleichwohl die Neuwahlen so stürmisch fordert, so ergibt sich hieraus klar und deutlich, daß sie sich von anerkennenswerten sachlichen Gesichtspunkten nicht leiten läßt. Es ist ja auch seltsam, daß die Rechtsparteien die sonst jederzeit sich gegen kurze Legislaturperioden der Parlamente gewandt haben, ausgerechnet jetzt, wo ihnen die Mehrheitsverhältnisse nicht günstig sind, den umgekehrten Standpunkt vertreten.

Natürlich müssen die Neuwahlen stattfinden, sobald es nur irgend möglich ist. Die Deutsche Demokratische Partei tritt energisch dafür ein. Aber tatsächlich bestehen die erheblichsten sachlichen Gründe dafür, daß die Wahlen zum Reichstag noch nicht stattfinden können. Es wäre ein durchaus unerwünschter Zustand, wenn jetzt die ordnungsmäßige Beratung und Verabschiedung des Staatshaushalts durch Neuwahlen hinausgeschoben werden würde. Dazu kommt, daß die Einteilung der künftigen Wahlkreise von dem Ereignis der am Schluß des vorigen Jahres stattgefundenen Volkszählung abhängt und daß dieses Ergebnis gegenwärtig noch nicht so weit verarbeitet ist, um eine zuverlässige Neueinteilung der Wahlkreise bezw. eine gerechte Verteilung der Mandate aus den einzelnen Wahlkreisen vorzunehmen. Die Verteilung der Mandate zur Nationalversammlung mußte nach Lage der Sache entsprechend der im Jahre 1910 erfolgten letzten Volkszählung erfolgen. Es konnte dabei ohne Unbilligkeiten nicht abgehen, da sich seit 1910 die erheblichsten Bevölkerungsverschiebungen ergeben haben. Dagegen würde man mit Recht der Regierung den Vorwurf der Uebereilung machen, wenn sie für die kommenden Wahlen die Verteilung der Mandate auf die einzelnen Bezirke nicht genau nach der wirklichen gegenwärtigen Bevölkerungszahl vornehmen wollte. Es kommt hinzu, daß infolge der ausstehenden Abstimmungen in deutschen Grenzgebieten heute noch kein Mensch weiß, welche Landesteile in Zukunft wirklich zum Deutschen Reiche gehören werden. Die Gewißheit hierüber müßte doch verständigerweise die erste Voraussetzung für die Vorname von Neuwahlen sein. Oder sollen die Neuwahlen in den übrigen Landesteilen stattfinden, in denen von der Entente besetzten Abstimmungsgebieten aber nicht? Den Oppositionsparteien wird außerdem ebenso wie den Regierungsparteien daran liegen, daß unsere Kriegsgefangenen wenigstens bei den kommenden Reichstagswahlen ihre Stimme über die Gestaltung der deutschen Zukunft mit in die Wagschale werfen können. Auch dieser Gesichtspunkt fordert eine Hinausschiebung der Wahlen bis wenigstens die Kriegsgefangenen aus Frankreich vollzählig heimgekehrt sind. Alle diese Erwägungen sprechen überzeugend dafür, daß die Wahlen zum Reichstag kaum vor dem Herbst dieses Jahres stattfinden können.

Wenn die Rechtsparteien und auch die Unabhängigen trotz dieser Sachlage gegen die Regierung wegen der angeblich absichtlichen Verzögerung der Reichstagswahlen Stimmung zu machen versuchen, so spricht offenbar bei ihnen auch das Gefühl dafür mit, daß sie bei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200301011/fragment/page=0001

fürchten, daß eine immer größere Mehrheit des deutschen Volkes mit der Zeit einsehen werde, wie haltlos die Angriffe der Opposition gegen die Regierung sind. Der außerordentliche Erfolg unserer Regierung in der Auslieferungsfrage hat bereits weitesten Kreisen des Volkes die Augen darüber geöffnet, wie unberechtigt die Verdächtigung war, daß unsere Regierung in dieser nationalen Ehrenfrage versagen würde. Dann hat sich in den letzten Tagen ein neuer und ganz bedeutsamer Erfolg der Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet gestellt: die Erhöhung der Arbeitszeit nicht nur im Kohlenbergbau, sondern auch in zahlreichen anderen Betrieben, die fortschreitende Gesundung im Eisenbahnwesen, die die Regierung mit Energie und Umsicht herbeiführt, wird die Wählerschaft immer mehr lehren, daß es wieder vorwärts geht mit Deutschland und daß die Regierung ihre Pflicht tut. Es ist kein Zweifel, daß sich damit die Wahlaussichten der Opposition von Tag zu Tag verschlechtern, und deshalb fordert sie so stürmisch die Neuwahlen zum Reichstag, die nicht das vaterländische Interesse, sondern höchstens das Parteiwohl der Minderheit erheischt.

Bethmann über Friedensmöglichkeiten 1917.

Der ehemalige Reichskanzler v. Bethmann Hollweg veröffentlicht in der „D. A. Z." einen Beitrag zu den Erörterungen über die Friedensmöglichkeiten im Frühjahr 1917, dem wir noch der Auszugsmeldung eines hiesigen Bureaus folgendes entnehmen:

„Im Mai 1917 kamen uns von französischer und belgischer Seite Andeutungen zu, welche die

Geneigtheit zu vertraulicher Erörterung

von Friedensmöglichkeiten erkennen ließen. Wenn auch die von uns bereitwillig aufgenommenen Anregungen zunächst zu keinen greifbaren Ergebnissen führten, so sind doch die Fäden beiderseitig bis in den Herbst 1917 hinein fortgesponnen worden. Ob die Entente ernsthaft verhandlungswillig war, wird sich erst ergeben, wenn sie sich selbst authentisch geäußert haben wird. Im Frühjahr und Frühsommer 1917 selbst rechtfertigten die Verhältnisse eine relativ günstige Auffassung.

Noch einer Uebersicht über die Gesamtlage kommt Bethmann Hollweg zu folgenden Schlußfolgerungen: Die Situation befand sich in einem Zustande der Schwäche. In Uebereinstimmung mit dem Wiener Kabinett beurteilte ich sie dahin, daß die Entente, weit entfernt, zum Friedensschluß genötigt zu sein, immer hin erwog, ob nicht einem in der Ferne stehenden und nicht mehr absolut sicherem Endsieg ein baldiger Verständigungsfriede vorzuziehen sei, vorausgesetzt, daß sich

eine annehmbare Verhandlungsbasis

finden lasse. Diese Voraussetzung festzustellen, bemühte sich, wie mir schien, die Entente im Frühsommer 1917.

Bethmann Hollweg betont dann, daß er in der Gesamtsituation nicht nur die Möglichkeit, zu Verhandlungen zu kommen, sah, sondern auch den Zwang, diese Möglichkeit entschlossen auszunützen, und fährt fort: Unsere Friedensbedingungen wurden sich in Grenzen halten, deren Annahme gerechtfertigterweise von der Entente erwartet werden durfte. Klarer Verzicht in der belgischen Frage war selbstverständlich unerläßliche Vorbedingung. Ebenso zweifellos war mir, daß absolute Intransigenz bezüglich der französischen Teile Elsaß-Lothringens jede Verhandlungsmöglichkeit von vornherein ausschließen würde. Wie ich wich schon im Mai früher vorgeschlagen hatte, war der Kaiser grundsätzlich bereit, diesen Weg zu betreten, wenn er zum Frieden zu führen verspreche.

Die Konsequenzen aus meiner Einschätzung der Lage habe ich bei einer Unterredung gezogen, die ich am 26. Juni mit dem päpstlichen Nuntius Monsignore Pacelli hatte. In diesem Zusammenhang äußert sich Bethmann Hollweg über den Standpunkt, den

der Kaiser

in dieser Frage einnahm. Er sagt: Der äußere Hergang ist folgender: Mit dem Auftrage, S. M. dem Kaiser im Großen Hauptquartier einen Brief des Papstes zu überbringen, suchte mich Monsignore Pacelli am 26. Juni in Berlin auf. Unter persönlichen Wünschen für den Kaiser und sein Haus erinnerte der Papst in dem Briefe daran, wie er unablässig die kriegführenden Mächte beschworen, die Bruder-mörderischen Waffen niederzulegen, und versicherte den Kaiser, daß alle seine Anstrengungen darauf gerichtet blieben, die Tage dieses unseligen Unrechts zu schließen.

Anknüpfend an den Inhalt dieses Briefes, den mich der Nuntius in Abschrift lesen ließ, unterstrich ich die durch unser Friedensangebot vom 12. Dezember vor aller Welt bekundete Friedensbereitschaft Deutschlands, die sich jedoch an dem starren Kriegswillen der Entente gebrochen habe. Der Nuntius hob nichtsdestoweniger hervor, daß es immerhin von größtem Nutzen sein würde, wenn der Papst über die deutsche Auffassung der Kriegs- und Friedensziele

unter Zusicherung vollster Diskretion

so genau orientiert werde, daß er im psychologischen Moment eine sichere Basis für friedensförderndes Wirken habe. Auf meine Zustimmung zu diesem Gedanken legte mir der Nuntius eine Reihe bestimmt gefaßter Fragen über unsere Kriegsziele und Friedensbedingungen vor. Aus der Art der Fragestellung gewann ich den später bestätigten Eindruck, daß es sich um etwas anderes als um eine innerbindische Konversation über Friedensmöglichkeiten handele, der Nuntius sich vielmehr

eines genau formulierten Auftrages entledigte.

In Verbind mit jener Aufforderung von der Gesamtlage, welche ihm Verhandlungsmöglichkeiten nicht ausgeschlossen erscheinen ließen, überzeugte sich der ehemalige Kanzler, daß er durch möglichst bestimmte Antworten auf die gestellten Fragen die Grundlage für Verhandlungen über einen Frieden schaffen könne, auf den das durch den U-Boot-Krieg war nicht auf die Knie gezwungene, aber doch bedrohte England mit seinen Bundesgenossen eingehen würde. Unter diesem Gesichtspunkt fährt der Kanzler fort, habe ich die einzelnen Fragen des Nuntius dahin beantwortet, daß wir

zu Rüstungsbeschränkungen im Falle der Allseitigkeit durchaus bereit

seien und daß wir in gleicher Weise grundsätzlich Schiedsgerichten zustimmten, die bestimmt seien, internationalen Konflikten vorzubeugen. Auf die Frage über unsere Ziele bezüglich Belgiens erwiderte ich, daß mir seine volle Unabhängigkeit wiederherstellen würden. Auf die Frage endlich, welches die Pläne Deutschlands mit Bezug auf Elsaß-Lothringen seien, und ob die deutsche Regierung zu Gebietsabtretungen an Frankreich bereit sei, erwiderte ich, daß, falls Frankreich verständigungsbereit sei, hieran der Frieden nicht scheitern werde. Unter der Form gewisser

gegenseitiger Grenzberichtigungen

werde sich ein Weg der Einigung finden lassen. Ueber die Aussichten auf dieser Grundlage zu positiven Ergebnissen zu kommen, sagt Bethmann: Ich hatte damals den bestimmten und später bestätigten Eindruck, daß der Nuntius meine Erklärung als geeignet ansah, den Frieden wesentlich zu fördern. Am 29. Juni wurde der Nuntius von Sr. Majestät dem Kaiser empfangen. Auf eingehende Vorstellungen, die der Nuntius im Auftrage des Papstes wegen der belgischen Deportationen erhob, sagte der Kaiser zu, sein Möglichstes zu tun und begrüßte darauf nachdrucksvoll und warm jede Handlung des Papstes, die uns dem Frieden näher bringen könne. Dieses, so schließt Bethmann, war der Verlauf, den die Sendung des Nuntius genommen hat. Wenige Tage darauf wurde ich zum Rücktritt gezwungen, in die weitere Entwicklung der Dinge habe ich deshalb keinen Einblick mehr gehabt.

Das Verfahren in Leipzig.

Ein Ergänzungsgesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen.

Der Reichsjustizminister Schiffer hat der Nationalversammlung den Entwurf eines Ergänzungsgesetzes zu dem bereits im Dezember beschlossenen beschlossenen Gesetz zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen vorgelegt. In diesem neuen Gesetze wurde die Wirksamkeit des Leipziger Reichsgerichts genauer umgrenzt und in gewissem Sinne den letzten Forderungen der Entente angepaßt. Das Gesetz bestimmt:

§ 1. Besteht nach der Ueberzeugung des Oberreichsanwalts kein genügender Anlaß zur Erhebung der öffentlichen Klage, so hat er die Akten dem ersten Strafsenat des Reichsgerichts mit dem Antrag auf Einstellung des Verfahrens vorzulegen. Beschließt der Senat die Einstellung, so hat er den Beschluß mit Gründen zu versehen, welche die für seine Entscheidung maßgebenden tatsächlichen und rechtlichen Erwägungen erkennen lassen; der Beschluß ist dem Beschuldigten bekanntzumachen.

Lehnt der Senat den Antrag ab, so hat er die Eröffnung der öffentlichen Klage anzuordnen. Zur besseren Aufklärung der Sache kann der Senat eine Ergänzung der Voruntersuchung oder, falls eine Voruntersuchung nicht stattgefunden hat, die Eröffnung einer solchen oder einzelnen Beweiserhebungen anordnen.

§ 2. Die Gewährung von Strafreiheit, die Verjährung der Strafverfolgung und ein früheres Verfahren stehen einem Verfahren auf Grund des Gesetzes vom 18. Dezember 1919 nicht entgegen. Ist der Beschuldigte in dem früheren Verfahren rechtskräftig freigesprochen worden, so verordnet der Erste Strafsenat auf Antrag des Oberreichsanwalts die Wiederaufnahme des Verfahrens, falls der Beschuldigte hinreichend verdächtig ist; das gleiche gilt, wenn in dem früheren Verfahren auf eine Strafe erkannt worden ist, die zu der Schwere der Tat im offenbaren Mißverhältnis steht.

Ist das frühere Verfahren durch einen nicht mehr anfechtbaren Beschluß beendet worden, so ist, falls die Beschuldigte hinreichend verdächtig ist, die Verfolgung wieder aufzunehmen. Erscheint dem Oberreichsanwalt eine Wiederaufnahme des Verfahrens oder der Verfolgung nicht geboten, so hat er die Entscheidung des Ersten Strafsenats herbeizuführen; die Vorschriften des § 1 gelten entsprechend.

§ 3. Für das Verfahren ist, auch soweit es beim Inkrafttreten des Gesetzes vom 18. Dezember 1919 bereits anhängig war, das Reichsgericht ausschließlich zuständig; soweit die Untersuchung gerichtlich anhängig ist, hat das Gericht die Sache durch Beschluß an das Reichsgericht zu verweisen.

Zur Erledigung der sonstigen Aufgaben der Zivil- und Strafsenate kann der Reichsjustizminister Hilfsrichter delegieren, die jedoch an den Untersuchungen über die Kriegsverbrecherangelegenheiten nicht mitwirken dürfen.

Das österreichische Messehaus in Leipzig.

MTB Leipzig, 1 März. Oesterreich hat auf dem Gebiet der praktischen Völkerhandelsförderung eine neue Errungenschaft zu verzeichnen. Seit der vorjährigen Herbstmesse wurde an der Errichtung eines österreichischen Messehauses in Leipzig gearbeitet, das denn nun auch dank dem einträchtigen Zusammenarbeiten zwischen dem Handelsministerium, der österreichischen Kolonie in Leipzig und der österreichischen Messehandels-Gesellschaft in Leipzig zustandegekommen ist und gestern, in Gegenwart des Herrn Staatssekretärs anläßlich der diesjährigen Frühjahrsmesse feierlich eröffnet wurde. An der Sitzung nahmen die Vertreter der deutschen und österreichischen Presse der höchliche Geschäftsträger in Wien, Legationsrat Fr. Benndorf, der Vertreter der Stadt Leipzig Stadtrat Lampe, Sektionschef Riedel vom Staatsamt für Handel in Wien, der österreichisch-Konsul Dr. Schön, Vizepräsident des Vereins Handelsmuseum in Wien, Generaldirektor Prinzhorn, die Obmänner der Fachgruppe für Messangelegenheiten in diesem Verein, Kommerzialrat Hadwurth und Herr Wurmser, sowie eine Reihe von Persönlichkeiten der österreichischen Kolonie in Leipzig teil.

Die Eröffnung leitete Direktor Brummer, geschäftsführender Verwaltungsrat der österreichischen Messehandels-Gesellschaft in Leipzig mit einer Ansprache ein, in der er den Staatssekretär, die Vertreter der Behörden, der Presse und die anderen Gäste aufs herzlichste begrüßte und sodann ausführte, daß das österreichische Messehaus ein Stück österreichischen Bodens darstellt, aber mit nicht der Mühe und Arbeit geschaffen wurde und noch weiterer Bearbeitung bedarf. Er führte den Werdegang des österreichischen Messehauses aus und würdigte die Verdienste des Handelsmuseums um die Leipziger Messe.

Hierauf dankte Staatssekretär Zerdik der österreichischen Messehandels-Gesellschaft für den freundlichen Empfang und für die herzliche Begrüßung der österreichischen Regierungsvertreter und sprach insbesondere Direktor Brummer für seine besonderen Verdienste um das Zustandekommen der österreichischen Messeaktion die vollste Anerkennung und den Dank Oesterreichs aus. Er verwies darauf, daß die Anordnungen zu dieser Veranstaltung vom österreichischen Handelsmuseum ausgegangen sind, diese aber nicht mit solchem Erfolg zur politischen Tat hätte führen können, wenn nicht die Stadt Leipzig und das Messeamt die Bestrebungen der österreichischen Kolonie auf das tatkräftigste gefördert hätten, weshalb der Staatssekretär diesen beiden Faktoren in warmen Worten den Dank der österreichischen Regierung abstattete. Weiter gedachte der Staatssekretär auch des opferfreudigen Zusammenwirkens der Mitglieder der österreichischen Kolonie sowohl in bezug auf die österreichische Messaktion als auch hinsichtlich der in großmütiger Weise durchgeführten Unterbringung österreichischer, so sehr der Erholung bedürftiger Kinder in Sachsen, eine Aktion, um die sich der österreichische Honorarkonsul Dr. Schön besonders hohe Verdienste erworben hat. Der Staatssekretär schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung daß das bisherige Geschehen nur einen vielversprechenden Anfang darstellt und daß der Anspan der Aktion die innigen Beziehungen, welche Oesterreich mit der Stadt und der Messe Leipzig verbinden, in einer Weise vertiefen werde, die wir vom österreichischen Standpunkt auf das wärmste begrüßen können.

Nach der Ansprache des Staatssekretärs traten die Herren der österreichischen Regierung und die erschienenen Gäste geführt von Direktor Brummer einen Rundgang durch das Messehaus an, bei dem die Stände und die dort ausgestellten Waren einer eingehenden Besichtigung und Würdigung unterzogen wurden.

Die Eröffnung schloß mit einem Frühstück für die Gäste im österreichischen Vaterlandsheim. Die ganze Feier nahm einen überaus würdigen und feierlichen Verlauf.

Die Hallische Burse zur Tulpe.

Mancher Fremde, der dieses Jahr der gastlichen Saalestadt wieder einmal einen Besuch abstatten will und vom Bahnhof frohgemut dem „Hotel zur Tulpe" zusteuert, wird dort eine Enttäuschung erleben. Denn das wegen seiner schönen und zentralen Lage inmitten der Stadt viel besuchte Hotel ist in ein Studentenheim umgewandelt worden — zur Freude unserer Musenöhne. Das Wohl ihrer Studenten aber sollte der Stadt immer mit in erster Linie am Herzen liegen; denn die Bedeutung Halles rührt zu einem großen Teil von der Entwicklung unserer Universität her. In bezug auf das geistige Leben überragt Halle zum Beispiel bei weitem seine in bezug auf die Einwohnerzahl größere Schwesterstadt Magdeburg.

Als ich im Februar vorigen Jahres zum ersten Male die Helmstedter Burse besuchte und die Gemütlichkeit und Kameradschaftlichkeit genießen durfte, die das Leben in den geschmackvoll eingerichteten Räumen so angenehm gestaltet, wurde der Wunsch in mir lebendig, unsere Vaterstadt möge doch auch eine derartige Burse ihr eigen nennen dürfen. Der Wunsch ist nun in Erfüllung gegangen. Wenn unsere Hallische an Größe der Helmstedter nicht gleichkommt, so liegt das daran, daß Helmstedt keine Universitätsstadt ist; es muß dort also für all das Sorge getragen werden, was uns unsere Universität schon in Halle und Fülle bietet: für Bibliotheken und Seminare, für Hörsäle und andere akademische Einrichtungen. Die Helmstedter Burse will übrigens mehr sein als ein bloßes Studentenheim, sie will ein Erholungsheim sein, in dem den Studenten außer der Verpflegung und Wohngelegenheit noch Gelegenheit zur Zerstreuung ihres Studiums geboten werden soll.

Die Hallische Burse begegnet ist ein Studentenheim im weiteren Sinne des Wortes. Die Wurzeln ihrer Gründung reichen weit zurück, sie sind zu suchen in dem kleinen akademischen Mittagstisch, der auf Anregung des über Halle hinaus weit bekannten Theologen Geheimrat Prof. Dr. Lütgert gegründet wurde. Infolge des regen Zuspruches mußte der Mittagstisch bald zu einer akademischen Speiseanstalt (Mpa) erweitert werden, die für die Verpflegung von ungefähr 70—80 Personen sorgte. Doch auch diese Einrichtung genügte bald nicht mehr, und am 5. Mai 1919 durfte die Speiseanstalt ihren Einzug in die „Tulpe" halten, die nach längeren Verhandlungen vom Universitätsfuratorium angekauft worden war. Das Hotel zur Tulpe ist ganz besonders dazu geeignet, da es direkt an das Thomasianum angrenzt, also von vornherein die Zugehörigkeit zur Universität zeigt.

Wir gewinnen den hellen Einblick in das Leben und Treiben der Burse, wenn wir einen Rundgang durch die Räumlichkeiten unternehmen. Durch den schattigen Garten mit seinen lauschigen Kolonnaden, die ich schon im Geiste an lauen Sommerabenden von feuchtfröhlichen Musenöhnen angefüllt sehe, gelangen wir in das Innere des Hotels, besser reizvoller, geräumiger und geschmackvoller Bau ja jedem Hallenser wohlbekannt ist. Im Erdgeschoß befinden sich die Wirtschaftsräume, das Bier- und das Weinrestaurant. Das Bierrestaurant ist der Speisesaal, in dem jeden Mittag und Abend etwa 500 Studenten zu einem angemessenen Preise nach der geistigen Arbeit für ihr leibliches Wohl sorgen. Das Weinrestaurant steht sämtlichen Studierenden nebst ihren Familienangehörigen zur Verfügung. Hier halten meistens die politisch organisierten Studentengruppen ihre Versammlungs- und Debattenabende ab.

Das erste und das zweite Stockwerk sind vom „Allgemeinen Studentenausschuß" mit Beschlag belegt. Er hat im ersten Stockwerk u. a. ein Musik- und Lesezimmer eingerichtet. Noch ein anderer größerer Raum dient als Aufenthaltsort für die Akademiker, die ihn als Arbeitsraum benutzen. Dann befindet sich im ersten Stockwerk der geschmackvolle Saal, der das Entzücken jeder tanzlustigen jungen Dame hervorruft. Sämtliche Räumlichkeiten sind mit Werken hallischer Künstler ausgeschmückt, die auf die Weise Unterstützung von seiten des „Asta" finden. Im Lesezimmer liegt eine Reihe von Zeitungen, Zeitschriften und Journalen aus. In dem Saale finden Tanzfestlichkeiten statt, die von Akademikern veranstaltet werden. So wird er auch am 7. März wieder ein buntes, farbenreiches Bild darbieten; denn für diesen Tag hat der „Asta" ein akademisches Tanzfest vorgesehen, das den Zusammenhang zwischen den Angehörigen der Alma mater und der Bürgerschaft noch inniger gestalten soll.

Im zweiten Stockwerk befinden sich die Büroräume des „Asta". Vor dem Hauptgeschäftszimmer drängen sich die Musenöhne besonders an den Tagen, an denen die Kohlenkarten zur Verteilung kommen. So ist der „Asta" wie eine treue, liebevolle Mutter, die für ihrer Kinder Wohl in jeder Weise sorgt: für Nahrung, Heizung — vielleicht auch noch für Kleidung? Außer dem Vorstandszimmer und Studentensekretariat befinden sich noch das Büchervermittlungsamt und die Schriftleitung der „Deutschen Hochschule" im zweiten Stockwerk. Das Büchervermittlungsamt vermittelt den An- und Verkauf von meist schon gebrauchten Lehrbüchern unter den Studierenden. Zu erwähnen wäre noch die kleine Bibliothek, die im Besitz des „Asta" ist, und die sämtlichen Studierenden zur Verfügung steht.

Der Rundgang ist beendigt, wir verlassen die Burse und werfen noch einmal einen Blick zurück auf das Hallische Studentenheim. Ich sehe den hellen Bau schon im Sommer durch die dicht belaubten Bäume unserer Promenade hindurchschimmern und die Söhne unserer Alma mater unter sein gastliches Dach einladen. Im Interesse der hallischen Studentenschaft wollen wir der Burse die Worte zurufen: „Vivat, crescat, floreat!"

E. H. Barnick

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200301011/fragment/page=0002